

**Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 25. Juli 2017**

Sitzung Nr. 9 Ö

am Dienstag, 25. Juli 2017

Die Sitzung ist öffentlich.

Sitzungsort: Ratssaal, Rathaus

Anwesend waren:

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Alexander Eger

Gemeinderäte: Albert, Erwin-Peter
Back, Udo
Dittmann, Rouven
Geider, Adolf
Grün, Klaus
Hecker, Roland
Heger, Roman
Herling, Michael
Kamuf, Carsten
Klemenz, Birgit
Knopf, Norbert
Köck, Siegfried
Krenzke, Marina
Rehorst, Tobias
Ronellenfitsch Andrea
Runde, Anneliese
Schell, Achim
Speckert, Ferdinand
Thome Manuel
Vetter, Theo
Weis, Torsten
Prof. Dr. Werner, Wolfgang

Protokollführung: Reich, Anette

Gäste: Adelfang, Angelika (19:45 Uhr bis 21:15 Uhr)
Dietz, Peter
Hoffmann, Torsten (20.00 bis 21.00 Uhr)
Knaus, Bernadette (20.30 bis 22.05 Uhr)
Kleiber, Werner
Laux, Angelika (ab 20.48 Uhr)
Ott, Elke (bis 19:15 Uhr)
Thome, Sebastian (19:42 bis 20:14 Uhr)
Zorn, Harry
Petersohn, Silvio (TOP 9 bis TOP 11)
Freiseis, Ralf, Planungsbüro Zieger-Machauer (TOP 12)

Sitzungsbeginn: 19:00 Uhr

Sitzungsende: 22.35 Uhr

Die Sitzung wird von dem Vorsitzenden mit der Feststellung eröffnet, dass die Damen und Herren Gemeinderäte mit Schreiben vom 14.07.2017 ordnungsgemäß geladen wurden. Von den 22 geladenen Mitgliedern des Gemeinderates sind 22 erschienen. Der Gemeinderat ist somit beschlussfähig.

Es fehlen entschuldigt: keine

Es fehlen unentschuldigt: keine

**Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 25. Juli 2017**

Sitzung am: Dienstag, 25. Juli 2017 Nr. 9 Ö	Tagesordnungspunkt: 1
Bekanntgabe der am 27.06.2017 nichtöffentlich gefassten Beschlüsse und Offenlage des öffentlichen Sitzungsprotokolls vom 27.06.2017	- 022.3 -

Ausführungen und Beschluss:

Es liegen keine Bekanntgaben aus nichtöffentlicher Sitzung vor, da diese wegen Vertagung nicht stattgefunden hat. Das Protokoll der öffentlichen Sitzung vom 27.06.2017 liegt offen.

Sitzung am: Dienstag, 25. Juli 2017 Nr. 9 Ö	Tagesordnungspunkt: 2
Bestellung von Urkundspersonen	- 022.3 -

Ausführungen und Beschluss:

Turnusgemäß werden **Herr Gemeinderat Tobias Rehorst** und **Frau Gemeinderätin Andrea Ronellenfisch** als Urkundspersonen vorgeschlagen.

Der Vorschlag wird einstimmig angenommen.

Sitzung am: Dienstag, 25. Juli 2017 Nr. 9 Ö	Tagesordnungspunkt: 3
Wünsche und Anfragen aus der Bevölkerung	- 022.3 -

Ausführungen und Beschluss:

Frau Sanders stellt sich als die Mutter der „Sonnen“-Wirtin in Rot vor. Sie beklagt den viel zu schnellen Verkehr in beide Richtungen im Kindergartenweg sowie Verkehrsstauungen mittags bei Warenanlieferung ihrer Gaststätte und schlägt eine Einbahnstraße oder ein Tempolimit mit Schritttempo vor. Des Weiteren regt sie an, gegenüber der neuen Einbahnstraße an der Apotheke einen Spiegel anzubringen, damit in die Hauptstraße einbiegende Autos eine besser Übersicht haben, da links und rechts in der Regel Autos parken. Schließlich regt sie eine Zeitparkzone von zwei bis drei Stunden Dauer an, da diese Parkplätze ansonsten häufig von Dauerparkern benutzt werden und ihre Gäste keinen Parkplatz finden. Ihre eigenen sieben Parkplätze an der Sonne werden häufig durch Anwohner und Kindergartenmitarbeiter belegt.

Bürgermeister Dr. Eger ist die Problematik im Kindergartenweg bewusst. Es bestand Einvernehmen, eine gewisse Zeit den Betrieb zu beobachten und bei Schwierigkeiten dann ggf. noch einmal tätig zu werden, wobei die Zustimmung der Polizei erforderlich ist. Er stellt in Aussicht, dass innerhalb der Sommerferien die Hauptstraße zumindest auf einer Seite mit Parkzeitbeschränkung versehen wird, um die Geschäfte anfahrbar zu machen.

Sitzung am: Dienstag, 25. Juli 2017 Nr. 9 Ö	Tagesordnungspunkt: 4
Wahl eines ehrenamtlichen Bürgermeister-Stellvertreter	- 024.2 -

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Dr. Eger hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage. Als Wahlvorschlag der FDP/SPD Fraktion steht im zweiten Wahlgang Gemeinderat Michael Herling zur Wahl.

Der Gemeinderat entscheidet durch geheime Wahl gemäß § 37 Abs. 7 GemO:

Auf den Bewerber entfallen 13 von 23 abgegebenen Stimmen.

Bürgermeister Dr. Eger gibt bekannt, dass der Bewerber mehr als die Hälfte der Stimmen der anwesenden Stimmberechtigten erhalten hat und daher gewählt ist.

Gemeinderat Michael Herling nimmt die Bestellung zum ehrenamtlichen Bürgermeister-Stellvertreter an.

Sitzung am: Dienstag, 25. Juli 2017 Nr. 9 Ö	Tagesordnungspunkt: 5
Lärmaktionsplan für die Gemeinde St. Leon-Rot hier: Ergänzung um das Thema Schienenlärm	- 106.42 -

Ausführungen und Beschluss:

Bauamtsleiter Werner Kleiber hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 25. Juli 2017

Gemeinderat Tobias Rehorst möchte wissen, in welchem Rhythmus der Plan fortgeschrieben werden muss, welcher finanzieller Aufwand dahinter steht und welche konkreten Maßnahmen nach dieser aufwendigen und kostspieligen Kartierung folgen werden.

Bauamtsleiter Werner Kleiber informiert, dass der Lärmaktionsplan für St. Leon-Rot zwei Geschwindigkeitsreduzierungen in den Ortsdurchfahrten gebracht hat und seine Fortschreibung im Fünf-Jahres-Rhythmus erfolgen soll. Sie basieren jedoch auf den Lärmkartierungen der LUBW's der jeweiligen Bundesländer. Der Lärmaktionsplan hat ca. 15.000 € gekostet, die Einarbeitung der Auswirkung des Schienenlärms durch Modus Consult ist von minderer Auswirkung. Zusätzlich fielen Verwaltungskosten an. Auf Maßnahmen haben die Kommunen keinen Einfluss, weil diese in der Zuständigkeit des Eisenbahnbundesamtes liegen. Es handelt sich um umzusetzendes EU-Recht im Rahmen eines Vertragsverletzungsverfahrens gegenüber der Bundesrepublik Deutschland, wobei der Bund die Zuständigkeit auf die Länder schiebt.

Prof. Dr. Wolfgang Werner bemängelt die Vorgehensweise des Bundes und sähe lieber Maßnahmen im Bereich Lärmschutz an den Autobahnen.

Gemeinderat Achim Schell signalisiert Zustimmung.

Auf Nachfrage von **Gemeinderat Udo Back** nach den Anwohnern des Wagnersees antwortet **Bauamtsleiter Werner Kleiber**, dass diese nicht betroffen sind.

Auf Nachfrage von **Gemeinderat Norbert Knopf** nach dem Nutzen der Zugehörigkeit einer Lärmzone antwortet **Bauamtsleiter Werner Kleiber**, dass man den Lärmaktionsplan des Eisenbahnbundesamtes wegen möglicher Maßnahmen abwarten muss.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig:

Die beigefügten Anlagen 1 – 4 werden als Ergänzung zum Lärmaktionsplan der Gemeinde St. Leon-Rot beschlossen. Dieser Beschluss wird ortsüblich bekannt gemacht. Der um die Anlagen ergänzte Lärmaktionsplan wird nochmals offen gelegt.

Sitzung am: Dienstag, 25. Juli 2017 Nr. 9 Ö	Tagesordnungspunkt:	6
Bebauungsplan „Jugendzentrum“		
1. Annahme des Entwurfs		
2. weiteres Verfahren		- 621.4 -

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Dr. Eger begrüßt die Jugendlichen des Jugendzentrums.

Bauamtsleiter Werner Kleiber hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlagen zu diesem sowie zu dem folgenden Tagesordnungspunkt 7.

Auf Nachfrage von **Gemeinderat Michael Herling** nach der Betretbarkeit von zu begrünenden Flachdächern laut Bauvorschriften bestätigt **Ortsbaumeister Peter Dietz**, dass begrünte Flachdächer grundsätzlich auch betretbar sind.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig:

1. Der Entwurf des Bebauungsplanes „Jugendzentrum“ mit planerischen und schriftlichen Festsetzungen und Begründung des Büros Förderer und Mengesdorf sowie mit dem Umweltbericht samt Grünordnungsplan und den speziellen artenschutzrechtlichen Untersuchungen des Büros Bioplan wird angenommen.

2. Die Verwaltung wird mit der Durchführung des weiteren Verfahrens beauftragt, unter anderem mit der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB und der Beteiligung der Fachbehörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 und 2 BauGB.

**Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 25. Juli 2017**

Sitzung am: Dienstag, 25. Juli 2017 Nr. 9 Ö	Tagesordnungspunkt: 7
Örtliche Bauvorschriften zum Bebauungsplan „Jugendzentrum“	
1. Erlass einer separaten Satzung	
2. weiteres Verfahren	- 621.41 -

Ausführungen und Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt einstimmig:

- 1. Die örtlichen Bauvorschriften zum Bebauungsplan „Jugendzentrum“ werden als separate Satzung erlassen.**
- 2. Die Verwaltung wird mit dem weiteren Verfahren beauftragt, unter anderem mit der ortsüblichen Bekanntmachung des Beschlusses nach § 2 Abs. 1 BauGB sowie der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 und 2 BauGB.**

Sitzung am: Dienstag, 25. Juli 2017 Nr. 9 Ö	Tagesordnungspunkt: 8
Zweckverband High-Speed-Netz Rhein-Neckar hier: Änderung der Verbandssatzung	
	- 650.342 -

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Dr. Eger hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage. Er bedauert, dass das Projekt im Zeitplan hinterherhinkt. Die Gründung des Verbands hat dazu beigetragen, dass die großen Telekommunikationsunternehmen aufgewacht sind und selbst tätig wurden.

Gemeinderat Tobias Rehorst steht für seine Fraktion zu dem Projekt, auch wenn es nun teurer wurde als angenommen, doch springen infolge der Aktivität des Landkreises zum flächendeckenden Ausbau doch nun auch private Wettbewerber wieder auf. Das Projekt soll zügig vorangetrieben werden. Im Gegenzug zur Übertragung bestimmter Kompetenzen von der Gemeinde auf die Verbandsversammlung fordert er eine regelmäßige Information über den Projektfortgang und die Kostenentwicklung.

Gemeinderat Roland Hecker begrüßt die Anstrengung des Rhein-Neckar-Kreises für ein leistungsstarkes bedarfsgerechtes und zukunftsfähiges Internet. Bezüglich § 15 wünscht er, dass öffentliche Bekanntmachungen auch zukünftig in den bisherigen Tageszeitungen erfolgen, da die alleinige Internetbekanntmachung nicht bürgergerecht erscheint, und bittet um getrennte Abstimmung hierüber.

Bürgermeister Dr. Eger hält die ausschließliche Einsehbarkeit im Internet im Hinblick auf den Geschäftszweck des Verbandes nicht für eine unzumutbare Hürde und gibt zu bedenken, dass die Wahrscheinlichkeit einer Änderung bei insgesamt 54 beteiligenden Kreiskommunen nicht gegeben ist.

Gemeinderat Norbert Knopf unterstützt den Glasfaseranschluss direkt ins Haus. Nachdem eine Regelung über ein Einlageerhebungsrecht für den Verband nunmehr aus der Satzung heraus genommen wurde, kann er zustimmen.

Gemeinderat Roland Hecker verzichtet auf eine getrennte Abstimmung.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig:

Der Änderung der Verbandssatzung wird zugestimmt. Der Bürgermeister wird ermächtigt, in der Verbandsversammlung der Änderung der Verbandssatzung zuzustimmen und das ihm erteilte Votum abzugeben.

**Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 25. Juli 2017**

Sitzung am: Dienstag, 25. Juli 2017 Nr. 9 Ö	Tagesordnungspunkt: 9
Harres, Digitalisierung der Brandmeldeanlage hier: Digitalisierung der Brandmeldeanlage und Austausch der Melder -Auftragsvergabe -	552.45 -

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Dr. Eger begrüßt Herrn Geschäftsführer Silvio Petersohn.

Ortsbaumeister Peter Dietz hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Auf Nachfrage von **Gemeinderätin Anneliese Runde** bezüglich eines Servicevertrags für die Brandmeldeanlage und die Reduzierung von Fehlalarmen antwortet er, dass die Fachfirma bereits einen Servicevertrag hat, die Fehler bekannt sind und durch den Austausch von Kabeln im Zuge der Sanierungen von Küche und Glaspassage Verbesserungen zu erwarten sind.

Gemeinderat Prof. Dr. Wolfgang Werner signalisiert Zustimmung.

Gemeinderat Carsten Kamuf möchte wissen, warum nur die Firma Sauter zur Angebotsabgabe aufgefordert wurde.

Ortsbaumeister Peter Dietz schildert die Problematik, dass bei mehreren an einer komplexen technischen Anlage beteiligten Firmen im Fehlerfall keine zuständig sein möchte. Mit der GPA besteht seit einigen Jahren hierzu eine Übereinkunft, dass bei auskömmlichen Preisen die Anlage in eine Firmenhand gelegt werden kann, damit die Betriebssicherheit gewährleistet werden kann.

Gemeinderätin Birgit Klemenz, Gemeinderat Manuel Thome und **Gemeinderätin Marina Krenzke** halten die Maßnahme im Sinne der Sicherheit für notwendig und stimmen der Vergabe zu, da die Firma zuverlässig ist. Die Wartungspreise sollen gelegentlich kontrolliert werden, ob sie noch im Einklang mit anderen Anbietern stehen.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig:

Die Verwaltung wird ermächtigt, den Auftrag zur Digitalisierung der Brandmeldeanlage und für den Meldertausch nach DIN 14675 an die Firma Sauter aus Bretten mit einer vorläufigen Auftragssumme von 23.394,50 € zu vergeben.

Sitzung am: Dienstag, 25. Juli 2017 Nr. 9 Ö	Tagesordnungspunkt: 10
Harres Restaurant, Sanierung der Küche hier: a) Vergabe von Ingenieurleistungen für die Technischen Gewerke b) Vergabe von Elektroarbeiten (Küchenverteiler)	- 841.11 -

Ausführungen und Beschluss:

Ortsbaumeister Peter Dietz hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Gemeinderätin Anneliese Runde unterstützt die aufwendige sicherheitsrelevante Ertüchtigung des Harres im Hinblick auf die Mitarbeiter und Gäste und verweist auf den Sanierungsbedarf nach 30 Jahren auch bei anderen Gebäuden.

Bürgermeister Dr. Eger bestätigt, dass sich der Werteverzehr im neuen Haushaltsrecht bzw. in den Jahresabschlüssen widerspiegelt.

Gemeinderat Torsten Weis signalisiert Zustimmung und hofft, dass die Küchensanierung wieder zwei bis drei Jahrzehnte Bestand hat.

Gemeinderat Carsten Kamuf bemängelt, dass das Ingenieurbüro die Leistung bereits erbracht hat und nun erst im Nachgang die Zustimmung eingeholt wird.

**Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 25. Juli 2017**

Ortsbaumeister Peter Dietz macht deutlich, das sich im laufenden Betrieb herausgestellt hat, dass die MSR-Technik, mit deren Wartung man sehr unzufrieden war, nun nachträglich in die Ingenieurleistungen hineingenommen werden musste. Die Elektroarbeiten sind separat zu sehen, weil der Elektroverteiler zur Ansteuerung der Küchenelektronik nicht mehr den EDV-Vorschriften entspricht. Hier musste auch Hinweisen des Gewerbeaufsichtsamtes nachgekommen werden.

Gemeinderätin Birgit Klemenz, Gemeinderat Manuel Thome und Gemeinderätin Marina Krenzke signalisieren Zustimmung.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig:

1. Die Verwaltung wird ermächtigt, die Ingenieurleistungen für die Technischen Gewerke der Neugestaltung der Küche im Harres an das Ingenieurbüro IBV aus Heidelberg gem. HOAI 2013, Teil IV, Abschnitt 2, mit Honorarzone II bei den Heizungs- und Lüftungsarbeiten und Honorarzone III bei der MSR-Technik, Mindestsatz, 25 % Umbauschlag und 5 % Nebenkosten zu vergeben.

2. Die Verwaltung wird ermächtigt den Auftrag für die Einrichtung eines neuen Küchenverteilers inkl. Zuleitung an die Firma Thome Elektrotechnik aus St. Leon-Rot zur vorläufigen Angebotssumme in Höhe von 30.399,15 € zu vergeben.

Sitzung am: Dienstag, 25. Juli 2017 Nr. 9 Ö	Tagesordnungspunkt:	11
Feststellung des Jahresabschlusses 2016 für die Harres Veranstaltungen GmbH	- 841.94 -	

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Dr. Eger begrüßt Herrn Geschäftsführer Silvio Petersohn, der den Jahresabschluss jedoch aufgrund seines späteren Dienstantrittes operativ noch nicht zu verantworten hat. Wenn der Harres nur Tagungs- und Veranstaltungszentrum wäre, hätte er die letzten 20 Jahre nur Gewinn gemacht. Dem aus dem kommerziellen Tagungsgeschäft erwirtschafteten Überschuss steht das Defizit aus Sporthalle und Kegelbahn mit umfangreichen Vereinsaktivitäten und gemeinnützigen Veranstaltungen gegenüber. Im Weiteren hält er Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Auf Nachfrage von **Gemeinderat Torsten Weis** bezüglich der Befangenheit verweist er auf die zwischenzeitliche Praxis beim Kreistag und sagt eine Prüfung zu.

Die Vertreter aller Fraktionen sehen die Gründe für den Verlust ausreichend belegt und signalisieren Zustimmung zum Beschlussvorschlag.

Bürgermeister Dr. Eger sowie die **Gemeinderäte Anneliese Runde, Torsten Weis, Roman Heger, Birgit Klemenz, Manuel Thome und Marina Krenzke** erklären sich bei diesem Tagesordnungspunkt für befangen und nehmen im Zuschauerraum Platz. Die Sitzungsleitung übernimmt **Bürgermeister-Stellvertreter Michael Herling**.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

Der Bürgermeister wird beauftragt und bevollmächtigt, in einer Gesellschafterversammlung nachfolgende Beschlüsse zu fassen und zu dokumentieren. Gleichzeitig stimmt der Gemeinderat dem Ausgleich des übrigen Verlustes von 55.997,18 Euro zu und stellt die notwendigen Mittel überplanmäßig zur Verfügung.

1. **Feststellung des Jahresabschlusses:**

1.1. **Bilanzsumme**

1.1.1. davon entfallen auf der Aktivseite auf	
- das Anlagevermögen	14.375,59 €
- das Umlaufvermögen	211.157,64 €
- Rechnungsabgrenzungsposten	13.244,37 €
<u>Summe Aktiva:</u>	238.777,60 €

1.1.2. davon entfallen auf der Passivseite auf:

Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 25. Juli 2017

- das Eigenkapital	144.502,98 €
- Rückstellungen	50.382,69 €
- die Verbindlichkeiten	41.676,93 €
Rechnungsabgrenzungsposten	2.215,00 €
<u>Summe Passiva:</u>	238.777,60 €

1.2. Jahresgewinn

1.2.1. Summe der Erträge	716.193,52 €
1.2.2. Summe der Aufwendungen	1.072.190,70 €

2. Behandlung des Jahresergebnisses

Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 355.997,18 € ist mit der Kapitalrücklage zu verrechnen.

3. Der Aufsichtsrat wird entlastet.

4. Die Geschäftsführung wird entlastet.

Sitzung am: Dienstag, 25. Juli 2017 Nr. 9 Ö	Tagesordnungspunkt: 12
Mönchsbergschule St. Leon, Trakt 1, Neugestaltung des Schulhofs, Tiefbauarbeiten, Lieferung und Montage von Spielgeräten	
hier: Auftragsvergaben	- 211 -

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Dr. Eger begrüßt Herrn Ralf Freiseis vom Planungsbüro Zieger-Machauer.

Herr Ralf Freiseis erläutert die Planungsdetails zur Neugestaltung des Schulhofs bei Trakt 1. Die Asphalt- und Kunststoff-Fallbeläge sind marode und eines der drei Spielgeräte ist komplett abgängig. Neue Pflasterbeläge, Sitzstufen, eine zusammenhängende Fallschutzfläche für zwei neu ausgeschriebene Geräte und zwei Bestandsgeräte, ein kleines Ballspielfeld mit Kunststoffbelag, Ballfangzaun und Außenzaunerhöhung um einen Meter sowie eine Außenklasse im Schatten des Gebäudes für Unterricht im Freien, in Teilbereichen Begrünung und eine Spielgerätehütte sind die wesentlichen Punkte.

Bürgermeister Dr. Eger ergänzt, dass anstatt der beiden Bestandsgeräte ein weiteres Gerät für 31.000 € zusätzlich beauftragt werden soll, das aus allgemeinen Spielplatzmitteln finanziert werden kann, damit der Schulhof bei Fertigstellung Ende September ein einheitliches Bild gibt.

Gemeinderat Siegfried Köck freut sich über die Entsiegelung der Asphaltfläche und die naturnahe Gestaltung. Für den Gitterzaun wünscht er sich eine neue Lösung, die attraktiv und nicht zu massiv wirkt, und regt an, die ausgetauschten Spielgeräte anderweitig zu verwenden.

Herr Ralf Freiseis antwortet, dass an einer Stelle die Zaunerhöhung durch ein leichtes Netz bewerkstelligt wird und Preise für eine Holz-/Netz-Alternative zu dem drei Meter hohen Zaun angefragt werden.

Gemeinderat Michael Herling wünscht sich ebenfalls eine freundlichere Zaungestaltung und möchte wissen, ob der Schulhof nach der Umgestaltung noch für das Straßenfest verwendbar ist.

Herr Ralf Freiseis antwortet, dass die Sitzsteine gegen Herausfallen miteinander vermörtelt werden, und erläutert die Anordnung der Zäune.

Bürgermeister Dr. Eger sieht die Priorität der Schulhofnutzung bei der Schule; für das Straßenfest wird im Rahmen der noch verfügbaren Fläche zugelassen, was noch möglich ist bzw. wofür aufgrund neuer Ideen Bedarf sein wird.

Gemeinderat Carsten Kamuf freut sich, dass der Auftrag an eine ortsansässige Firma geht. Aus Sicherheitsgründen sollten keine alten Geräte mehr zum Einsatz kommen, sondern neue beschafft werden, und die Konzeption soll mit der Schulleitung abgestimmt sein.

Gemeinderat Udo Back lobt die in den vergangenen Jahren massiv aufgewerteten Flächen der Kindergärten und Schule.

**Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 25. Juli 2017**

Gemeinderat Erwin-Peter Albert und **Gemeinderat Norbert Knopf** signalisieren Zustimmung.

Herr Ralf Freiseis ergänzt, dass im Pflanzkonzept ein Kiesgarten mit Duftpflanzen vorgesehen ist.

Auf Nachfrage von **Gemeinderat Theo Vetter** bezüglich der Lebensdauer von Fallschutzbelägen antwortet **Herr Ralf Freiseis**, dass er bei entsprechendem Untergrundaufbau von 20 Jahren ausgeht. Schäden können bei solchen Anlagen aber durchaus vorkommen, die wiederum repariert werden können.

Gemeinderat Michael Herling bittet aus den Erfahrungen mit Kiesbelag in einem anderen Schulhof auf Kies zu verzichten und fragt nach dem barrierefreien Zugang zum Schulhof.

Herr Ralf Freiseis verweist auf einen barrierefreien Zugang mit genügender Breite, die Rollstuhlgerechtigkeit des Hackschnitzelbelags ist jedoch fraglich. Die belasteten Pflanzränder werden eingeschottert und mit 8/11er oder 5/8er Split belegt, der mit der Zeit einwächst und nicht zum Werfen verführt.

Bürgermeister Dr. Eger stellt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Die Verwaltung wird ermächtigt, den Auftrag für die Tiefbauarbeiten zur Neugestaltung des Schulhofs bei Trakt 1 der Mönchsbergschule mit einer vorläufigen Auftragssumme von 134.530,81 € an die Firma Jung Pflasterbau aus St. Leon-Rot zu erteilen.

Die Verwaltung wird zudem ermächtigt, den Auftrag für die Lieferung und Montage der Spielgeräte mit einer vorläufigen Auftragssumme von 11.589,41 € an die Firma Wissmeier Spielplatzgeräte GmbH aus St. Leon-Rot zu erteilen.

Ein drittes Spielgerät als Ersatz für die beiden Bestandsgeräte wird beschafft. Die hierfür notwendigen Mittel in Höhe von 31.000,00 € werden überplanmäßig bereitgestellt. Die Deckung erfolgt aus allgemeinen Spielplatzmitteln.

Der Gemeinderat stimmt diesem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

Sitzung am: Dienstag, 25. Juli 2017 Nr. 9 Ö

Tagesordnungspunkt: 13

Fortschreibung des Nahverkehrsplans
Rhein-Neckar-Kreis 2017

- 797.78 -

Ausführungen und Beschluss:

Es besteht Einvernehmen diesen und die weiteren Tagesordnungspunkte nach dem vorgezogenen Tagesordnungspunkt 15 zu behandeln.

Bürgermeister Dr. Eger verweist auf die Beteiligungsplattform des Landkreises für jedermann.

Frau Bernadette Knaus hält Sachvortrag gemäß Ziffer 1 und 3 bis 5 sowie **Hauptamtsleiterin Anette Reich** gemäß Ziffer 2.1 und 2.2 der Sitzungsvorlage.

Bürgermeister Dr. Eger hebt hervor, dass die Gemeinde ihr Interesse gelten machen soll, dass die Teilstrecke St. Leon – Bahnhof Neulußheim innerhalb der Linie 719 in den Nahverkehrsplan aufzunehmen ist. Außerdem plädiert er für die Aufnahme in das Car- und Bike-Sharing-System z. B. Nextbike oder die kreisüberschreitende Anbindung an das Car-Sharing-Projekt Bruchsal, das man entlang der S-Bahn-Linie etablieren könnte.

Gemeinderat Tobias Rehorst begrüßt, dass das Ruftaxi nun auch in das Buchungssystem eingebunden wird und dann zu Stoßzeiten gebucht werden kann. Er ist überrascht, dass dem Bike-Sharing in St. Leon-Rot ein so hohes Potenzial eingeräumt wird. Für den Fall, dass der VRN sein Nextbike-System noch nicht auf St. Leon-Rot ausweitet, schätzt er die Kosten einer Eigenregie durch die Gemeinde für zu hoch ein, zumal große Arbeitgeber am Ort attraktive Firmenwagenkonditionen bieten, und damit die Nachfrage trotz hoher Arbeitsplatzzahl doch geringer ausfallen dürfte. Die Verbindung Bahnhof – Gewerbegebiet wird voraussichtlich auch aufgrund ihrer guten Erreichbarkeit mit dem Bus weniger nachgefragt sein. Dennoch würde sich die Fraktion dem Vorschlag anschließen, dass die Gemeinde sich um die Aufnahme in das VRNnextbike-Programm bemüht. Aufgrund von Beschwerden bittet er die Verkehrsunternehmen wiederholt darauf aufmerksam zu machen, dass sie ihre Busfahrer anweisen, dass ankommende S-Bahnen abzuwarten sind.

Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 25. Juli 2017

Er beantragt für die Fraktion der Freien Wähler die Realisierung einer Toilettenanlage am Bahnhof Rot-Malsch. Der Antrag ist diesem Protokoll beigelegt.

Bürgermeister Dr. Eger entgegnet, dass die von der Gemeinde finanzierte Buslinie 719 nicht die Defizite der S-Bahn aufzufangen hat, da es sich in Stoßzeiten morgens lediglich um eine Busstation ins Gewerbegebiet handelt, die im Notfall dann auch zu Fuß zurückzulegen ist, wohingegen die Pendler ab Neulußheim mit nur stündlich verkehrenden Zügen auf einen pünktlichen Zubringerbus angewiesen sind. Wenn es verträglich ist, wird nachgesteuert jedoch nicht um den Preis der Gefährdung der Buslinie. Den Beschlussvorschlag möchte er dahin gehend ergänzen, dass die Gemeinde insbesondere den Ausbau des Car-Sharing-Systems und die Beteiligung am VRNnextbike-System sowie die Aufnahme der Teilstrecke St. Leon – Bahnhof Neulußheim der Linie 719 in den Nahverkehrsplan fordert. Auf Nachfrage von **Gemeinderat Tobias Rehorst** vermutet er, dass hinsichtlich der Aufnahme von St. Leon-Rot ins Nextbike-Programm im Rahmen des Nahverkehrsplans dann weitere Beschlüsse des Gemeinderats hinsichtlich einer voraussichtlichen Kostenbeteiligung zu erfolgen haben.

Gemeinderat Prof. Dr. Wolfgang Werner findet die ÖPNV-Anbindung zu Berufsverkehrszeiten gut, weist jedoch auf Anbindungs-lücken am Bahnhof Rot-Malsch im Verlaufe des Vormittages bei der Linie 719 hin. Das Ruftaxiangebot am Wochenende und am Abend soll erweitert werden. Bei der Fahrradmitnahme im Bus zu verkehrsschwachen Zeiten muss nachgebessert werden. Ein Car-Sharing-Angebot am Rathaus wird nach seiner Ansicht besser angenommen werden als im Gewerbegebiet.

Bürgermeister Dr. Eger entgegnet, dass das ÖPNV-Angebot wochentags in den Abendstunden bis 2.00 Uhr als eines der zentralen Anliegen der neuen Bündelausschreibung ausgedehnt wurde und tagsüber ein hervorragendes Angebot durch eine häufige Busfrequenz an den Haltestellen gewährleistet ist. Die Lücke am Sonntag wurde im Nahverkehrsplan bereits erwähnt.

Gemeinderat Norbert Knopf lobt die Verwaltung bezüglich des barrierefreien Ausbaus. Er moniert, dass der Kreis in der Finanzierung des ÖPNV als seine eigene Aufgabe nur den kleineren Anteil leistet. Wichtig ist ihm die vollständige Aufnahme der Linie 719 von Neulußheim bis Rot-Malsch in den Nahverkehrsplan und auch die Finanzierung durch den Kreis. Er plädiert für die Auffütterung der 719 in den Abendstunden und am Wochenende durch das Ruftaxi. Wenn die Regiobuslinie Walldorf/Sinsheim kommt, sollte eine Vertaktung der Linie 705 angestrebt werden. Auch wünscht er sich die Echtzeitinformationssysteme. Eine Fahrradmietstation wie z. B. Nextbike findet er am St. Leoner See z. B. auch für den Campingplatz und am Bahnhof sinnvoll. Er bittet die Car-Sharing-Station im Gewerbegebiet in das VRN-Buchungssystem einspeisen zu lassen, da man momentan noch zur Leihstation Wiesloch geleitet wird.

Bürgermeister Dr. Eger sagt dies zu und informiert über die grundsätzliche Förderzusage zu den Fahrgastinformationssystemen, die künftig die Akzeptanz der Busverkehre sicherlich erhöhen werden.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig:

Der Entwurf des Nahverkehrsplans für den Rhein-Neckar-Kreis wird zur Kenntnis genommen. Zur weiteren Entlastung der Ortsdurchfahrten St. Leon und Rot von Motorisiertem Individualverkehr sollen weitere Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität der ÖPNV- und Mobilitätsangebote geprüft werden. Dies sind insbesondere die Einführung eines Fahrradmietsystems bzw. die Anbindung an das VRNnextbike und der Ausbau des Car-Sharings. Die Gemeinde fordert den Auf- und Ausbau eines Carsharing-Systems und die Beteiligung am Fahrradmietsystem VRNnextbike sowie die Aufnahme der Teilstrecke Bahnhof Neulußheim-St. Leon-Rot im Busverkehr der Linie 719 in den Nahverkehrsplan.

Sitzung am: Dienstag, 25. Juli 2017 Nr. 9 Ö

Tagesordnungspunkt: 14

Grundsatzbeschluss zum Radverkehr
hier: Antrag Bündnis 90/Die Grünen

- 794.08 -

Ausführungen und Beschluss:

Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 25. Juli 2017

Gemeinderat Norbert Knopf legt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dar.

Bürgermeister Dr. Eger trägt die Beschlussvorschläge entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung laut Sitzungsvorlage vor.

Gemeinderat Siegfried Köck sieht keine zwingenden Vorteile für die Gemeinde in einem Beitritt zur AGFK, da viele Informationen auch Nichtmitgliedern zugänglich sind. Er unterstützt Maßnahmen der Kreisverkehrswacht zur Verkehrssicherheit. Eine Exkursion zu einer fahrradfreundlichen Stadt würde er im Rahmen eines der nächsten Gemeinderatsausflüge begrüßen. Er empfiehlt das Thema Radwege auf die Agenda einer Klausurtagung zu nehmen. Für die Verbesserung der Radverkehrswege sind bisher schon immer Haushaltsmittel eingeplant und von der Verwaltung erfolgreich umgesetzt worden. Zusätzliche unterjährige Anträge binden die Kapazität der Verwaltung und kollidieren mit der Umsetzung bereits beschlossener Projekte. Er plädiert dafür, das Mobilitätskonzept 2014 Stück für Stück umzusetzen. Sollten sich hieraus noch weitere Themen ergeben, ist seine Fraktion für ein Gesamtkonzept aufgeschlossen.

Prof. Dr. Wolfgang Werner hält eine fahrradfreundliche Konzeption für erforderlich und beabsichtigt eine Ortsbefahrung mit Auflistung der entsprechenden Schwachstellen. Der Beitritt der Gemeinde zur AGFK ist aus seiner Sicht nicht notwendig, seine Fraktion unterstützt jedoch die Beschlussvorschläge zwei bis vier.

Gemeinderat Achim Schell sieht keine Möglichkeit, Fahrradstreifen zu installieren, weil die Straßen zu schmal sind. Er möchte das vorhandene Mobilitätskonzept umsetzen. Wenn in Einzelfällen Nachholbedarf besteht, sollen diese Maßnahmen ergriffen werden.

Gemeinderat Udo Back sieht einen Grundsatzbeschluss darin, den Rad- und Fußverkehr über den motorisierten Verkehr zu stellen. Danach müssten sich zukünftige Planungen ausrichten, z. B. Verzicht auf seitliche Stellplätze und vermehrt Einbahnstraßen, um Radspuren einrichten zu können.

Bürgermeister Dr. Eger hebt hervor, dass man sich bei der Erarbeitung des Mobilitätskonzeptes durchaus sehr intensiv mit dem Radverkehr, der Konfliktsituation und den verkehrsrechtlichen Vorgaben auseinandergesetzt hat in beiden Ortsteilen. Der Fahrradverkehr muss nicht zwingend über die Hauptverkehrsstraßen geführt werden, sondern kann sehr attraktive Nebenstraßen benutzen. In die Abwägung muss man auch das Risiko der Verödung der Ortskerne einbeziehen. Er selbst hält einen Beitritt zur AGFK nicht für erforderlich, weitere Programme für Verkehrssicherheit sind machbar, kosten aber dann auch wiederum mehr Geld. Der Exkursion möchte er zustimmen. Anstatt eines neuen Gesamtkonzeptes befürwortet er, die vorhandenen Konzepte umzusetzen und dabei neue Aspekte, wie z. B. der vorgeschlagene Radschutzstreifen bzw. Piktogrammstreifen, aufzugreifen und zu prüfen.

Gemeinderat Norbert Knopf regt an, die Gemeinde Rudersberg zu besuchen als Beispiel für den Umbau einer Landesstraße in der Ortsdurchfahrt mit 30 % Verkehrsminderung in der Folge.

Bürgermeister Dr. Eger verweist darauf, dass in den Nachbarkommunen von Rudersberg Umgehungsstraßen gebaut wurden, und hinterfragt die langfristige Zufriedenheit mit der Maßnahme. Es ist Aufgabe des Landes, Vorschläge für die Beseitigung einer Störung der Leistungsfähigkeit im Landesstraßennetz zu erarbeiten. Für diese Vorschläge ist die Gemeinde offen, die Verantwortung liegt jedoch nicht bei der Gemeinde, sondern beim Land.

Gemeinderätin Anneliese Runde befürwortet, Sicherheitsprogramme für ältere Leute in der Gemeinde anzubieten.

Gemeinderat Ferdinand Speckert erinnert daran, dass seine Fraktion das Sanierungskonzept für die Roter Hauptstraße damals abgelehnt hat, weil die Sicherheit der Fußgänger zu kurz kam. Er würde sich gegen Parkraum an der Straße entscheiden zugunsten der Radfahrer, die nicht immer den Parkring nutzen können. Er plädiert für zusätzliche öffentliche Parkräume mit Zeitbewirtschaftung, um im Straßenraum Platz für Radfahrer und Fußgänger zu schaffen.

Gemeinderat Theo Vetter macht auf die Gefahr für Radfahrer auf dem Parkring in Höhe der Tullastraße durch Fahrzeuge aufmerksam. Er weiß von Studien, die auch bei Fahrbahnbreiten von 6,00 bis 6,50 Metern Radstreifen ermöglichen und bittet entsprechend nachzuforschen und etwas vorzuschlagen.

1. Die Gemeinde St. Leon-Rot tritt der AGFK ab 2018 bei. Für den Beitritt ab 2018 sind die Mitgliedsbeiträge in Höhe von 1.000 € im Haushalt bereitzustellen.

Der Gemeinderat lehnt diesen Beschlussvorschlag mit 2 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen ab.

Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 25. Juli 2017

tungen ab.

2. Das Programm für Verkehrssicherheit speziell für Senioren „sicher-fit-unterwegs“ von der Kreisverkehrswacht Rhein-Neckar e. V. wird erneut durchgeführt. Die Verwaltung wird damit ermächtigt die Kreisverkehrswacht damit zu beauftragen.

Der Gemeinderat stimmt diesem Beschlussvorschlag mit 20 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen zu.

3. Der Gemeinderat unternimmt eine Exkursion in eine fahrradfreundliche Kommune bzw. nach Rudersberg.

Der Gemeinderat stimmt mit 21 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung zu.

4. Es wird ein Grundsatzbeschluss zur Radverkehrsförderung gefällt und ein Gesamtkonzept erarbeitet zusätzlich zu dem vorhandenen Mobilitätskonzept St. Leon und dem Rahmenplan für Rot. Die Verwaltung wird ermächtigt, Angebote für die Erstellung eines Gesamtkonzeptes einzuholen.

Der Gemeinderat lehnt diesen Beschlussvorschlag mit 3 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen ab.

Sitzung am: Dienstag, 25. Juli 2017 Nr. 9 Ö	Tagesordnungspunkt:	15
Installierung von Defibrillatoren an öffentlichen Gebäuden hier: Antrag der FDP/SPD-Fraktionsgemeinschaft		- 503.97 -

Ausführungen und Beschluss:

Es besteht Einvernehmen, diesen Tagesordnungspunkt im Anschluss an TOP 12 zu behandeln.

Gemeinderat Torsten Weis legt den Antrag seiner Fraktion dar. Im Unterschied zum Vorschlag der Verwaltung, den See nur mit weiteren drei Defibrillatoren auszustatten, möchte seine Fraktion bei ihrem ursprünglichen Antrag bleiben, dass alle sieben ausgewiesene Rettungspunkte am St. Leoner See mit Defibrillatoren ausgestattet werden, da bei einem Notfall auf Parkplatz 2 z. B. nach Schließung des Eingangs 2 ansonsten keine Defibrillatoren mehr zugänglich wären. Den weiteren Vorschlägen der Verwaltung kann er folgen.

Frau Angelika Adelfang hält Sachvortrag gemäß der Sitzungsvorlage. Bei dem Gerät, für das die Verwaltung die Kosten ermittelt hat, kommt es zwischenzeitlich zu Lieferschwierigkeiten von bis zu einem Jahr. Deshalb wird ein baugleiches Gerät empfohlen, das darüber hinaus mit einer Kommunikationseinheit zur Notrufleitstelle und einem Erste-Hilfe-Paket ausgestattet ist. Diese Geräte sind entsprechend teurer: 2.400 € + MwSt. für ein Gerät im Innenbereich und je 2.700 € + MwSt. für sieben Geräte im Außenbereich. Somit müsste man mit 25.500 € brutto Anschaffungskosten für die acht Geräte rechnen. Für einen Wartungsauftrag zur Fernkontrolle, Diebstahlsicherung durch GPS-Ortung, Austausch von Akkus und Elektroden, Auslesung der Daten nach Benutzung des Gerätes sowie „Ersatz-Erste-Hilfe-Utensilien“ fallen Wartungskosten von 49 € + MwSt. pro Gerät und Monat an. Derzeit konnte kein weiteres vergleichbares Gerät und Angebot auf dem Markt aufgefunden gemacht werden. Alternative Wartungsangebote beschränken sich auf die Benachrichtigung, dass Akkus ablaufen, und die Zusendung der Ersatzteile, die dann selbst eingebaut und kontrolliert werden müssen. Bei den wenigen bereits vorhandenen Geräten haben dies bislang die Hausmeister gemacht: Sichtkontrolle einmal monatlich und eine Funktionskontrolle pro Quartal. Hierfür wären Personalstunden in nicht unerheblichem Umfang und das Vorhalten von Ersatzteilen notwendig, damit ein Gerät nach einem Einsatzfall sofort wieder betriebsbereit ist. In einem zurückliegenden Fall hatte dies immerhin bedenkliche drei Monate gedauert. Die Standorte der Defibrillatoren sollten ausgeschildert und in den Gemeindenachrichten veröffentlicht werden.

Bürgermeister Dr. Eger empfiehlt, bei den von der Verwaltung vorgeschlagenen Standorten zu bleiben, die Geräte mit Kommunikationseinheit und Erste-Hilfe-Set zu beschaffen und Wartungsverträge hierfür abzuschließen.

**Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 25. Juli 2017**

Gemeinderat Siegfried Köck wünscht sich angesichts der genannten höheren Kosten im Nachhinein dann noch einmal eine Übersicht. Er unterstützt den Fraktionsantrag und bittet die Kirchen zwecks Beteiligung zu kontaktieren.

Gemeinderat Achim Schell unterstützt den Fraktionsantrag vollumfänglich mit allen sieben Rettungspunkten am St. Leoner See angesichts der hohen Zahl von 10.000 bis 11.000 Badegästen an Badetagen und der Tatsache, dass eine Rettung nur bei Einsatz des Gerätes innerhalb der ersten drei Minuten möglich ist. Wichtig ist auch ihm die Information der Bevölkerung über die Standorte.

Gemeinderat Udo Back befürwortet den Fraktionsantrag ebenfalls mit allen sieben Rettungspunkten am St. Leoner See und bittet um entsprechende Beschilderung und Ausweisung der Standorte auf dem Seeplan und den Wegeplan.

Gemeinderat Erwin-Peter Albert ist ebenfalls für den Fraktionsantrag im erweiterten Umfang.

Gemeinderat Norbert Knopf spricht sich für den Vorschlag der Verwaltung aus und hält fünf Defibrillatoren am See insgesamt für ausreichend. Da es einen 100 prozentigen Schutz nicht geben wird, muss man Kosten und Aufwand in ein vernünftiges Maß setzen. Das Rundum-Sorglos-Paket hingegen ist gut angelegtes Geld, weil man damit auf der sicheren Seite ist, dass die Geräte im Ernstfall auch funktionieren.

Gemeinderat Torsten Weis bittet über den Fraktionsantrag zuerst abzustimmen.

Bürgermeister Dr. Eger sagt dies zu, da er sowieso der weitergehende Antrag ist. Er stellt folgende Beschlussvorschläge zur Abstimmung:

1. Für den St. Leoner See werden alle sieben Rettungspunkte mit Defibrillatoren ausgestattet.

Der Gemeinderat stimmt diesem Beschlussvorschlag mit 17 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen zu.

2. Weitere Defibrillatoren werden angeschafft im Innenbereich für das Rathaus und im Außenbereich für die Kastanienschule Rot, das Alte Rathaus St. Leon und die Friedhöfe St. Leon und Rot.

Der Gemeinderat stimmt diesem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

3. Die Mönchsbergschule wird im Bereich Sekretariat/Altes Schulhaus mit einem Defibrillator ausgestattet.

Der Gemeinderat stimmt diesem Beschlussvorschlag mit 20 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen zu.

4. Die beschlossene Anzahl von Defibrillatoren wird mit der höherwertigen Ausstattung mit Kommunikationseinheit und Erste-Hilfe-Set beschlossen. Entsprechende Haushaltsmittel werden überplanmäßig bereitgestellt. Eine Kostenübersicht erfolgt.

Der Gemeinderat stimmt diesem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

5. Für die Defibrillatoren werden Wartungsverträge im Full-Service abgeschlossen.

Der Gemeinderat stimmt diesem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

6. Die Verwaltung wird beauftragt die notwendige Beschilderung auszuführen.

Der Gemeinderat stimmt diesem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

7. Der Kostenersatz für die Defibrillatoren am St. Leoner See erfolgt durch die Gemeinde.

Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 25. Juli 2017

Der Gemeinderat stimmt diesem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

Sitzung am: Dienstag, 25. Juli 2017 Nr. 9 Ö	Tagesordnungspunkt: 16
Antrag zur Förderung elektrischer Antriebe für Hoftore hier: Antrag der Fraktion Junge Liste St. Leon-Rot	- 632.8 -

Ausführungen und Beschluss:

Gemeinderat Erwin-Peter Albert legt den Fraktionsantrag der Junge Liste St. Leon-Rot dar. Er findet es wichtig, die stark frequentierten Straßen wie Hauptstraße, Marktstraße, Bahnhofstraße und Reilinger Straße umzurüsten. Er hält den von der Verwaltung vorgeschlagenen Fördersatz für die Nachrüstung von elektrischen Garagentorantrieben in Höhe von 150,00 € jedoch für zu gering.

Bauamtsleiter Werner Kleiber erklärt, das die Preisspanne für einen Neukauf eines Antriebs bei ca. 140 bis 600 € liegt.

Gemeinderat Theo Vetter möchte wissen, ob bereits angeschafft Antriebe nachträglich bezuschusst werden können und wie kontrolliert wird, ob sie dann auch tatsächlich genutzt werden.

Bürgermeister Dr. Eger antwortet, dass die Rückwirkung bei einer reinen Freiwilligkeitsleistung im Ermessen des Gemeinderates steht.

Gemeinderat Roland Hecker findet die Idee zwar gut, hält sie jedoch in der Umsetzung für nicht kontrollierbar und bestehende Mietverträge nicht ergänzbar.

Bürgermeister Dr. Eger stellt klar, dass die Zuschussnehmer nur zur Installation und zum Betrieb während eines noch festzulegenden Mindestzeitraums verpflichtet sind.

Gemeinderat Roman Heger vergewissert sich, dass alle Straßen in das Programm aufgenommen werden.

Gemeinderat Udo Back signalisiert Zustimmung.

Gemeinderat Norbert Knopf sieht keine Vorteile in dem Förderprogramm für Anwohner, ihr Auto nicht mehr vor ihr Grundstück stellen zu dürfen, weil sie eine Förderung in Anspruch genommen haben. Er setzt sich für Kurzzeitparkzonen vor den Geschäften ein. Er würde das Geld stattdessen für Pedelecs und zukunftsweisende Mobilität einsetzen.

Gemeinderat Adolf Geider findet das Programm zwecklos, weil Autos die Hofeinfahrten zuparken.

Der Gemeinderat beschließt mit 16 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen:

1. Dem Antrag zur Förderung elektrischer Antriebe für Hoftore vom 27.04.2017 wird zugestimmt.
2. Dem Vorschlag der Verwaltung auch die Nachrüstung elektrischer Garagentorantriebe für Bestandsgaragen, die weniger als 5 m von der Grundstücksgrenze entfernt stehen, wird zugestimmt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechende Förderrichtlinien für eine der nächsten Sitzungen auszuarbeiten.

Sitzung am: Dienstag, 25. Juli 2017 Nr. 9 Ö	Tagesordnungspunkt: 17
Verschiedenes	- 022.3 -

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Dr. Eger gibt bekannt, dass der neue Rektor der Parkingschule, Herr Axel Glanz, zum 01.08.2017 die Schulleitung übernimmt.

Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 25. Juli 2017

Sitzung am: Dienstag, 25. Juli 2017 Nr. 9 Ö	Tagesordnungspunkt: 18
Wünsche und Anfragen	- 022.3

Ausführungen und Beschluss:

Gemeinderätin Anneliese Runde fragt an, ob die Familien auf den bestehenden Rasengrabfeldern auf eigene Kosten neue Täfelchen auf den bestehenden Steinen nachrüsten dürfen, nachdem auf diesen die eingritzte Schrift mit der Zeit unleserlich geworden ist. Außerdem bemängelt sie den ungepflegten Zustand der Rasengrabfelder und bittet, diese pietätvoll herzurichten und einen entsprechenden Pflegeplan aufzulegen.

Gemeinderat Roland Hecker bittet um Überprüfung des Kinderkreisels im Bereich der Kinderspielplätze am St. Leoner See auf Verletzungsgefahr. Der Nebeneingang der Mönchsbergsporthalle hat sich zu einer Raucherzone mit Kippenresten, weggeworfenen Eisbechern und sonstigem Müll entwickelt trotz regelmäßiger Reinigung; er bittet um Überlegung wie das Problem grundsätzlich zu lösen ist. Er möchte wissen, ob das Gemeindewappen in einem Fraktionsantrag geführt werden darf.

Bürgermeister Dr. Eger antwortet, dass die Verwendung des Gemeindewappens genehmigungspflichtig ist. Die Spielgeräte am St. Leoner See unterliegen der regelmäßigen Sicherheitsprüfung, dennoch wird der Hinweis aufgenommen.

Gemeinderat Ferdinand Speckert weist auf eine brisante Parksituation in der Kirrgasse hin, verschärft durch die parkenden Fahrzeuge und Anhänger zweier Gewerbetreibender. Dadurch, dass Einmündungsstrecken nicht freigehalten werden, können von der Hauptstraße einbiegende Fahrzeuge bei Gegenverkehr nicht in die Kirrgasse einfahren und Fußgänger- bzw. Radfahrschutz ist nicht mehr gegeben. Er bittet um Prüfung von Parkverboten im Mündungsbereich und mit den beiden Gewerbetreibenden um Alternativen bemüht zu sein. Er weist auf die Dringlichkeit zum bevorstehenden Schulbeginn hin.

Bürgermeister Dr. Eger sagt zu, dass mit Unterstützung des Gemeindevollzugsdienstes kritische Stellen katalogisiert werden.

Gemeinderat Adolf Geider ist es wichtig, dass die Baustraße zur Parkringschule nicht über die Tullastraße führt, und bittet um Abräumung von Baustellen auf dem Parkring-Radweg.

Bürgermeister Dr. Eger informiert, dass Alternativen zur Tullastraße geprüft wurden, die Zuführung über den Kindergartenweg am Kindergarten St. Raphael vorbei jedoch verworfen wurde und die Baustraße nun über die Kirrgasse geführt werden soll.

Gemeinderat Siegfried Köck fragt nach dem Sachstand von all den Anfragen seiner Fraktion zu verkehrskritischen Punkten und moniert, dass hierzu noch keine Rückmeldungen ergangen sind.

Bürgermeister Dr. Eger verweist auf den Tagesordnungspunkt Nachbesetzung des Leiters der Verkehrsbehörde in der nichtöffentlichen Sitzung.

Auf Nachfrage vom **Gemeinderat Prof. Dr. Wolfgang Werner** bestätigt **Bürgermeister Dr. Eger**, dass der Defibrillator an der Mönchsbergschule außen angebracht wird, wie auch alle anderen Defibrillatoren öffentlich zugänglich gemacht werden sollen, es sei denn, man müsste Diebstahl oder Vandalismus feststellen. Auf dessen Nachfrage nach dem Sachstand Ankauf Pfarrhaus Leostraße 28 antwortet er, dass hierzu eine Vorlage nach den Sommerferien erfolgt, zumal es neue Entwicklungen nach einem Gespräch mit den Projektverantwortlichen gibt.

Auf Frage von **Gemeinderat Rouven Dittmann** nach der Freigabe der Straße „Im Schiff“ erläutert **Bauamtsleiter Werner Kleiber** den Stand der Erschließungsarbeiten.